

Deutsche Bundesbank

Frankfurt am Main, 14. März 2000

Sendesperrfrist: 14. März 2000, 17.00 Uhr

Vizepräsident Dr. Stark:

IWF braucht ein klares Mandat

Bundesbankvizepräsident Dr. Jürgen Stark sprach heute in Stuttgart anlässlich der Jahresversammlung der Gesellschaft für angewandte Wirtschaftsforschung über die Reform des internationalen Finanzsystems.

Stark hob in seiner Rede hervor, daß der IWF in einem weltwirtschaftlich verändertem Umfeld ein klares Mandat benötige. Dies gelte für die Krisenvorbeugung ebenso wie für die akute Krisenbekämpfung und die institutionelle Abgrenzung gegenüber der Weltbank.

Stark betonte, es sollte Ziel aller Reformbemühungen sein, die marktwirtschaftlichen Kräfte zu nutzen, um Wachstum, Beschäftigung, Stabilität und weltwirtschaftliches Gleichgewicht zu sichern. Gleichzeitig müsse die Rolle der multilateralen Institutionen gestärkt werden. Sie sollen als Ratgeber in makroökonomischen und struktur- sowie entwicklungspolitischen Fragen agieren, als Kreditgeber aber nur katalytisch wirken. Diese Zielausrichtung stünde im Einklang mit den IWF- und der Weltbanksatzungen und trage darüber hinaus dem seit Gründung der Bretton Woods Institutionen veränderten Umfeld Rechnung: floatende Wechselkurse, Liberalisierung des Kapitalverkehrs, Öffnung der Waren- und Dienstleistungsmärkte, Globalisierung des Wettbewerbs und erhöhtes Bewusstsein für Struktur- und Armutprobleme.

**Deutsche Bundesbank
Presse und Information
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main**

**Tel. : 069 / 95 66 - 34 55, - 35 11, - 35 12, - 21 57
Fax : 069 / 5 60 10 71, 95 66 - 30 77, 56 87 56
E-Mail: presse-information@bundesbank.de
Internet: <http://www.bundesbank.de>**

Der IWF sei eine monetäre Institution und die Weltbank eine Entwicklungsorganisation. Eine Vermischung von Aufgaben sei ebenso wenig wünschenswert wie eine Zusammenlegung der Institutionen. Aus der Aufgabenteilung würden sich die Konsequenzen für die Kreditvergabe ergeben. Der IWF sollte seine Zahlungsbilanzfinanzierung auf kurzfristige Liquiditätshilfen begrenzen. Die Weltbank sollte sich auf Projektfinanzierung und Sektor-darlehen konzentrieren. Dies würde entsprechende Verlagerungen zwischen IWF und Weltbank implizieren: Der IWF sollte keine langfristigen Strukturdarlehen mehr geben, und die Weltbank sollte sich nicht länger an Krisenpaketen beteiligen. Die Armutsbekämpfung sei ein Entwicklungsziel und falle damit in die Kompetenz der Weltbank. Seinerseits unterstütze der IWF die Armutsbekämpfung, indem er für monetäre Stabilität Sorge.

Die IWF-Fazilitäten seien laut Stark überholungsbedürftig. Übermäßig hohe Kredite sollten durch progressiv steigende Zinssätze und besondere Mehrheitserfordernisse verhindert werden. Große internationale Finanzierungspakete seien langfristig schädlich. Sie würden „moral hazard“ fördern und damit Verzerrungen sowie eine suboptimale Allokation der Ressourcen bewirken. Außerdem würden sie eine Finanzierung nicht durchhaltbarer Wechselkurse begünstigen und Finanzierungslasten provozieren, die mit den regulären Quotenmitteln des IWF nicht zu bewältigen wären. Die international geforderte Einbeziehung des Privaten Sektors in Krisenlösungen könne laut Stark am besten dadurch erreicht werden, dass die Kreditvergabe des IWF quantitativ vorgegeben werde.

In der Krisenvorbeugung geht es laut Stark vor allem um ein angemessenes Sicherheitsnetz als Puffer gegen Finanzschocks. Die Asienkrise hätte längst nicht so schwerwiegende Folgen gehabt, wenn die Banken wesentlich robuster gewesen wären. In der Umsetzung hätte es mittlerweile beachtliche Fortschritte gegeben. IWF und Weltbank hätten ihre Zusammenarbeit verstärkt. Ein gemeinsames Komitee solle Stärken und Anfälligkeiten von Finanzsystemen identifizieren. Daneben werde das neu eingerichtete Forum für Finanzmarktstabilität dafür zuständig sein, spezielle Probleme und Schwachstellen zu untersuchen.

Auch in der Transparenzfrage seien beträchtliche Fortschritte erzielt worden. Eine hohe Datenqualität solle den Märkten umfassende und schnelle Informationen über wichtige Schwellenländer liefern. Auch die Veröffentlichungspolitik des IWF selbst sei ausgebaut

worden. Dies gelte vor allem für die Informationen zu Kreditbeschlüssen und zu den regelmäßigen Konsultationen. Zudem hätte der IWF internationale Verhaltensregeln entwickelt. Solchen Standards („Codes“) liege die Überzeugung zugrunde, dass die Transparenz staatlichen Handelns eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Stabilität sei.

Vizepräsident Dr. Stark hob schließlich hervor, daß er hinsichtlich der Vorschläge zur IWF-Reform keine geographischen Trennlinien sehe. Im übrigen werde über IWF-Reform, Krisenvorbeugung und Einbeziehung des Privaten Sektors in Krisenlösungen auf den bevorstehenden Frühjahrssitzungen von IWF und Weltbank gesprochen werden.